

Die Debatte über die Bundeswehr in Afghanistan hat schrille Züge angenommen. Man kann sich kaum des Eindrucks erwehren, als würde hier und jetzt über die Zukunft der NATO entschieden. Überraschend kam der Druck auf die Bundesregierung nicht, er wurde schon häufiger praktiziert. Nun aber müssen sich Parlament und Bundesregierung dringend der eigentlichen Frage widmen: Der Frage nämlich, wie die internationale Gemeinschaft ihrer Verantwortung gegenüber Afghanistan gerecht werden kann.

Unser Interesse an einer handlungsfähigen NATO ist dabei keinesfalls zweitrangig. Doch es verzerrt die Realitäten, wenn wir uns einer Logik unterwerfen, die wir aus dem Kalten Krieg kennen. Wer die Spaltung der NATO heraufbeschwört und vor der fatalen Signalwirkung gegenüber Akteuren warnt, die „westliche Ordnungsmodelle ablehnen oder deren Niedergang befördern“ fällt auf die alte Logik der Dominotheorie herein. So versuchten bereits fünf amerikanische Präsidenten das militärische Eingreifen in Vietnam zu legitimieren. Sie scheiterten bekanntermaßen.

Nun ist Afghanistan nicht Vietnam, und der Kalte Krieg gehört der Vergangenheit an. Wir haben es heute mit asymmetrischen Bedrohungen zu tun, bei der das Konzept der Abschreckung nur bedingt wirkt. Jetzt zeigt sich, dass es ein Fehler war, den Vorstoß von Bundeskanzler Schröder abzuschmettern. Er wollte die NATO zu dem Ort zu machen, an dem die Partner ihre strategischen Vorstellungen besprechen und gemeinsam entscheiden.

Wenn die NATO aus einer irrationalen Angst vor vermeintlichen Schurkenstaaten heraus nicht in der Lage ist, ihre eigene Strategie kritisch zu hinterfragen, wird dies ihrer Legitimität nachhaltig schaden.

Die Probleme in Afghanistan sind nicht allein militärisch zu lösen. Deswegen kann das primär militärisch orientierte Konzept der Aufstandsbekämpfung („counter insurgency“), das die USA zum zentralen Element der neuen NATO-Strategie machen wollen, nicht überzeugen.

Und der Irak zeigt deutlich, dass die Aufrüstung von Milizen und paramilitärischen Einheiten das staatliche Gewaltmonopol nur noch weiter unterminiert.

Statt also voreilig Zusagen über Truppenaufstockungen zu erteilen, muss die bisherige Herangehensweise in Afghanistan einer ehrlichen Überprüfung unterzogen werden, denn die bisherige Strategie der NATO in Südafghanistan ist gescheitert. Die für Juni in Paris geplante internationale Afghanistan-Konferenz, die der SPD-Bundesparteitag in Hamburg eingefordert hat, ist dafür der richtige Ort.

Recht hat US-Verteidigungsminister Gates, dass dafür die Weichen auf dem NATO-Gipfel in Bukarest gestellt werden. Dessen muss sich die Bundesregierung bewusst sein.

Die vom ehemaligen Generalinspekteur Naumann und anderen Verteidigungspolitikern vorgebrachte Sorge, Deutschland würde mit seiner Zurückhaltung in der aktuellen Debatte seinen außen- und sicherheitspolitischen Einfluss verspielen, greift zu kurz. Denn auch frühere Zugeständnisse der Bundesregierung an die NATO-Partner haben nicht zu mehr Einfluss auf die Strategie in Afghanistan geführt. Stattdessen ist die Bundeswehr immer tiefer in einen verfehlten Antiterrorkampf gezogen worden.

Was wir brauchen, ist ein vernetztes und kohärentes Sicherheitskonzept für Afghanistan. Es bedarf einer gemeinschaftlich koordinierten zivilen und militärischen Herangehensweise, wie sie die UN-Mission für Afghanistan leisten sollte. Nachhaltiger als der einseitige Fokus auf das Militär ist der Aufbau von Justiz und Polizei. Hier muss sich Deutschland den Vorwurf gefallen lassen, zu wenig getan zu haben.

Aber auch den regionalen Akteuren kommt eine zentrale Rolle zu. Es ist an den USA, Ländern wie dem Iran, die bekanntlich keine Freunde der Taliban sind, keinen Vorwand für destruktives Verhalten zu liefern. Es sind also alle Partner aufgerufen, bis zum NATO-Gipfel die Signalwirkung ihrer Politik zu überdenken.